



## G20-Gipfel

- Was bleibt vom G20-Treffen in Hamburg? Seite 5
- 76 000 mal Hoffnung Seite 6



## Bundestagswahl 2017

- Digitalisierung sozial gerecht gestalten S. 4
- Sozial. Gerecht. Frieden. Für Alle. Seite 11



## Friedenspolitik

- Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt! Seite 9
- Das Friedenshaus Eisenhüttenstadt S. 16

## Am 24. September ist auch Bürgermeisterwahl in Eisenhüttenstadt

Dagmar Püschel kandidiert erneut für DIE LINKE – ein Interview

Dagmar Püschel (DIE LINKE) wurde am 27. September 2009 mit 8 597 Stimmen (53,4 Prozent) zur hauptamtlichen Bürgermeisterin der Stadt Eisenhüttenstadt gewählt. Zur Bürgermeisterwahl am 24. September 2017 wurde sie von der Eisenhüttenstädter LINKEN erneut als Kandidatin aufgestellt („Widerspruch“ berichtete in der Ausgabe Mai 2017 auf Seite 6). Für den „Widerspruch“ stellte Alexander Klotzovski Fragen an Dagmar Püschel:

*Was hattest du Dir für die ablaufende Legislatur vorgenommen und was hast Du davon erreicht?*

Ich bin angetreten für mehr Bürgernähe und Transparenz. Dazu habe ich unmittelbar nach meinem Amtsantritt verschiedene Kommunikationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger eingeführt und bis heute beibehalten:

■ fünf Einwohnerversammlungen im Jahr,

- bei Bedarf thematische Anwohnerversammlungen,
- meine wöchentliche Bürgersprechstunde,
- Bürgerportal MAERKER,
- Erreichbarkeit der Stadt im Internet über Facebook.

Darüber hinaus musste ich sehr schnell erkennen, dass unsere Stadt ohne geordnete Stadtfinanzen so gut wie handlungsunfähig ist. Auch die Stadtverordneten gaben mir ganz klar den Auftrag, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Mehrmals musste ich mit der Begründung, weil dieser Haushalt ein Minus ausweist, eine Ab-

lehnung des Haushaltes durch die Stadtverordnetenversammlung (SVV) hinnehmen. Zum Haushaltsjahr 2015 konnte der Ausgleich das erste Mal erreicht werden, natürlich auch durch eine Reihe von wenig populären Maßnahmen. Das Finanzierungssystem der Kommunen wird durch entsprechende Bundesgesetze geregelt. Man kann die Situation beklagen und sich beschweren, es nutzt nichts, wir müssen als Stadt damit umgehen. Eine interessante Erfahrung war für mich, dass einige Stadtverordnete, die besonders laut den ausgeglichenen Haushalt eingefordert haben, sich nun über die eingeleiteten Maßnahmen beklagen, ohne Alternativen vorzuschlagen.

Wir haben es geschafft, die Verwaltung gemeinsam mit der Stadtverordnetenversammlung, die Stadtfinanzen ins Lot zu bringen. Das ist aus meiner Sicht das entscheidende Ergebnis meiner Amtszeit.

Auf solider Grundlage und in enger Zusammenarbeit mit dem Land konnten wichtige Vorhaben realisiert werden wie

- die Nordanbindung,
- die Sanierung unseres Museums,
- die Zukunftssicherung des Dokumentationszentrums für Alltagskultur der DDR,
- die Sanierung von Kitas und Schulen,
- die Sanierung des Rathauses,
- die Neuerfindung des I. Wohnkomplexes (WK),



**Kurs halten mit Dagmar Püschel**  
Ihre Bürgermeisterin für Eisenhüttenstadt

**DIE LINKE.**

**DIE LINKE.**

Kreisverband Oder-Spree



Der Kunsthof Fürstenberg (Oder) am Lindenplatz 4 im Ortsteil Fürstenberg

- Sanierungsbeginn im IV. WK,
- die Sanierung weiterer Wohngebäude im und außerhalb des Denkmalsbereichs,
- die Unterstützung privater Initiativen wie den Kunsthof,
- die Unterstützung von Vereinen wie den Mountainbike- und Skisportverein Diehloer Berge e.V. (MSV) bei der Gestaltung des Geländes in den Diehloer Bergen, einschließlich Fernrohr,
- die kostenfreie Nutzung unserer Stadtbibliothek für Kinder und Jugendliche.



Kita Kunterbunt in der Diehloer Straße 70

Hilfreich war und ist die nun hervorragend entwickelte Zusammenarbeit mit dem Landkreis Oder-Spree. Die Einführung des „EH“ Kfz-Kennzeichen steht symbolhaft.



Der Bahnhof Eisenhüttenstadt

**W**as war deine schwierigste Entscheidung?

Ich weiß heute, dass es immer wieder auch unangenehme Überraschungen gibt, Situationen, die weder planbar noch beeinflussbar sind. Hier gilt es kühlen Kopf zu bewahren und im Interesse der Stadt und der Mehrheit ihrer Bürger optimale Entscheidungen zu treffen. Es gab viele schwierige Situationen zu meistern. Spontan fallen mir ein:

- Die Geschäftsführerin unseres kommunalen Unternehmens saß wochenlang in Untersuchungshaft.
- Ein ICE mit Flüchtlingen fuhr unangekündigt zur Berufspendlerzeit in unseren Bahnhof ein.
- 10 Tage vor unserem Stadtfest fand ein SEK-Einsatz mitten in unserer Stadt statt, bundesweite Schlagzeilen lauteten: „Terroranschlag auf das Stadtfest in Eisenhüttenstadt geplant“.
- Nicht zu vergessen, der Umgang mit der Altanschließerproblematik.

**W**as war Dein schönster Moment? Die Begegnung mit dem US-amerikanischen Schauspieler, Regisseur und Filmproduzenten Tom Hanks – einfach unvergesslich.

**W**ie willst Du dem demografischen Wandel entgegenwirken bzw. Eisenhüttenstadt für junge Leute attraktiver machen?

Der demografische Wandel ist vorhanden und wir müssen klug mit der Situation umgehen. Das Spektrum reicht vom entsprechenden Wohnangebot über Betreuungs-, Bildungs-, Kultur-, Sportangeboten bis zur gesundheitlichen Versorgung. Obwohl die älter werdende Bevölkerung oft im Fokus steht, geht es mir auch um die Attraktivität für junge Leute und Familien mit Kindern. In jedem Sozialraum gibt es Jugendtreffpunkte und dort stehen wir als Verwaltung über die Sozialarbeiter im engen Kontakt. Vorschläge werden ernsthaft geprüft und wenn möglich umgesetzt. Auch bei diesem Thema ist es so, dass die Möglichkeiten der Einflussnahme durch die Stadt bzw. die Bürgermeisterin oft überschätzt wird. Das Jugendamt befindet sich in Verantwortung des Kreises, schon das schränkt ein. Wichtig ist es mir, im Gespräch zu bleiben, entsprechende Initiativen zu befördern bzw. zu unterstützen um bedarfsgerechte Angebote zu unterbreiten.

**W**as sind Deine Ziele für die kommende Legislatur?

Ich möchte unsere Stadt auf Kurs halten, das heißt weiter für solide Stadtfinanzen sorgen. Diese bilden die Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft von Eisenhüttenstadt. Wir erschließen dadurch Spielräume zur Nutzung sowie zum Ausbau unserer Potentiale.

Ein echter Haushaltsausgleich für unsere Stadt kann nach dem strukturellen Ausgleich mittelfristig erreicht werden. Das bedeutet einen erweiterten Handlungsspielraum für Verwaltung und Stadtverordneter. Ein Haushaltssicherungskonzept muss dann nicht mehr erstellt werden und unmittelbar nach Beschluss der SVV kann es an die Umsetzung der Vorhaben gehen, kein Warten mehr auf die Genehmigung durch die Kommunalaufsicht. Wir können dann also autonomer entscheiden.

Ich möchte, dass sich alle Bürger, die hier wohnen, als Eisenhüttenstädter fühlen – gern in unserer Stadt leben und sich mit ihr identifizieren. Eisenhüttenstadt bietet etwa 12 000 Arbeitsplätze. Ich möchte, dass möglichst alle, die hier arbeiten auch in unserer Stadt wohnen. In nahezu allen Unternehmen steht ein Generationenwechsel bevor. Eine Charmeoffensive für Eisenhüttenstadt ist angesagtes Ziel.

Chancen eröffnen sich durch eine zuverlässige Verbindung nach Berlin über den Öffentlichen Personennahverkehr im 30-Minutentakt sowie eine barrierefreie und kundenfreundliche Umgestaltung unseres Bahnhofes.

Ich denke aber auch an solche Dinge wie öffentliches WLAN, die Neugestaltung des Platzes des Gedenkens, die Entwicklung unserer Wasserlagen und Naherholungsgebiete. Das alte Rathaus in Fürstenberg soll zum Leben erweckt werden. Immer wieder höre ich den Wunsch nach einem Hundelaufplatz. Die Realisierung und mögliche Betreibung durch einen Verein möchte ich prüfen.

Der Neubau der Feuerwache hat oberste Priorität und er wird realisiert.

Meine Erfahrung zeigt, die meisten Vorhaben brauchen sehr viel Zeit, einen langen Atem und manchmal geht es auch drei Schritte vor und zwei zurück. Allerdings, wenn Kurs gehalten wird, wird anscheinend Unmögliches möglich.

Fotos: DIE LINKE Eisenhüttenstadt

# In der „Roten Bank“ Dialog zur Rente

Mathias W. Birkwald, MdB, Rentenexperte in der Fraktion DIE LINKE, zu Gast in Fürstenwalde

Dass DIE LINKE in Fürstenwalde zu thematischen Dialogabende einlädt, ist nichts Ungewöhnliches. Doch der Rentendialog mit dem Bundestagsabgeordneten Mathias W. Birkwald war es auf alle Fälle.

„Wie es ihm gelang, dass doch so trockene Rententhema, das ja oft mit der Präsentation von einer Vielzahl von Zahlen einhergeht, spannend und sogar sehr amüsant zu vermitteln, war grandios.“ äußert sich Helga Juraschek, die mit ihrem Mann der Einladung zum Rentendialog gefolgt war, am Ende des Abend begeistert. „Schade, dass von der jungen und von der mittleren Generation zu wenig da waren. Gerade für diese ist es doch wichtig zu erfahren, welche hohe Gefahr ihnen droht, im Alter arm zu werden.“

„Also die Rentenkonzepte von CDU und SPD sind entweder nicht vorhanden oder mutlos.“ Klar und provokant startet Mathias W. Birkwald, der Rentenexperte der LINKEN, in den Abend. Und stellt mit dem Rentenkonzept der LINKEN ein konsequent durchgerechnetes Modell vor.

Statt das Versorgungsniveau der gesetzlichen Rente weiter zurückzufahren und die Regelaltersgrenze weiter anzuheben, wie dies die Union und SPD mit den Reformen ab 2001 umgesetzt haben und den Versuchen, die dadurch entstehenden Lücken durch private und betriebliche Vorsorgemodelle wenigstens einigermaßen auszugleichen, soll allein die gesetzliche Rente hinreichend sein. Aber nur, wenn das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent angehoben wird.

## Das Musterbeispiel Österreich

„Das sogenannte Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung ist komplett gescheitert. Riester wird so gut wie nicht gemacht. Wir müssen nach Österreich gucken. In Österreich sind die Renten wesentlich höher aus unterschiedlichen Gründen, aber der Hauptgrund ist, dass Österreich die Teilprivatisierung der gesetzlichen Rente nicht mitgemacht hat und weiter auf das umlagefinanzierte solidarische Rentensystem setzt. Und das ist ein guter Weg“, erklärt Birkwald.

Tatsächlich gilt Österreich derzeit vielen als ein Musterbeispiel dafür, wie man es auch machen könnte. Seit 2005 wurde dort das Rentensystem umgebaut und alle Selbstständigen in die Rentenversicherung einbezogen. Die effektiven Durchschnittsrenten in Österreich liegen derzeit 500 Euro über jenen in Deutschland.

Dafür aber fällt die Besteuerung deutlich höher aus und auch der Beitragssatz liegt mit 22,8 Prozent erheblich über dem deutschen Niveau, wobei in Österreich die Arbeitgeber sogar noch einen höheren Anteil zahlen. Die höheren Beitragssätze, wie einige fürchten, sind für DIE LINKE jedoch kein Problem, weil auf der anderen Seite für die Arbeitnehmer die Ausgaben für die zusätzliche private Vorsorge entfallen würde. Außerdem sollen künftig auch die Selbstständigen und die Beamten einbezogen werden.

## Auf Erwerbstätigenrente umschalten

„Und deshalb wäre es notwendig, jetzt auf eine Erwerbstätigenversicherung umzuschalten und jetzt damit zu beginnen, Menschen, die neu verbeamtet werden, in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, weil die dann erstmal die nächsten 20/30/40 Jahre Beiträge zahlen würden. Und des wäre schlau, weil die Beamten jetzt die Beiträge bringen und erst dann kosten, wenn die Babyboomer nicht mehr leben. Ich finde, das ist eine gute Idee“, wirbt Birkwald in einem aktuelle Deutschlandfunk-Interview.

„Vier Jahre lang haben sich Union und SPD geweigert, die Rente armutsfest auszubauen. Die Quitting bekommen sie im Herbst hoffentlich von den Wählerinnen und Wählern!“ so der Wunsch in der anschließenden Diskussion.

Gerade die Absenkung des Rentenniveaus, Verwerfungen der Nachwendezeit in Ostdeutschland und die Einführung von Hartz IV werden künftige Generationen massiv in die Altersarmut treiben. Besonders betroffen sind Ostdeutsche, alleinstehende Frauen und Langzeitarbeitslose.



„DIE LINKE setzt in ihrem Rentenkonzept deshalb auf einen Dreiklang. Wir wollen das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben, damit so wenig Menschen wie möglich in Altersarmut landen und die Bevölkerung wieder auf die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente vertrauen kann. Daneben schlagen wir Maßnahmen vor, um den Solidausgleich zu stärken, d.h. gerechte Renten für chronisch Kranke, Geringverdienende, Erwerbslose, Erziehende, Pflegende. Eine Haltelinie nach unten in Form einer Solidarischen Mindestrente soll sicherstellen, dass das Einkommen im Alter, sofern es weniger als 1 050 Euro netto beträgt, mit einem steuerfinanzierten Zuschlag auf diesen Betrag angehoben wird. So geht soziale Gerechtigkeit!“, fasst Birkwald am Ende des Abend zusammen.

Stephan Wende,  
Vorsitzender DIE LINKE  
Fürstenwalde

Mathias W. Birkwald,  
Mitglied des Bundestages, Fraktion DIE LINKE, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Diplom-Sozialwissenschaftler

Weitere Informationen unter:

- <http://www.matthias-w-birkwald.de>
- <https://www.facebook.com/matthias.w.birkwald>

Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/2017

Matthias W. Birkwald / Bernd Rießinger

## Die Gesetzliche Rente stärken und eine Solidarische Mindestrente einführen

Das Konzept von Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE.

**Rentenkonzept der Partei und der Bundestagsfraktion DIE LINKE**

2. Auflage Supplement der Zeitschrift Sozialismus 02/2017 als PDF-Download:

[www.matthias-w-birkwald.de/serveDocument.php?id=626.79a.pdf](http://www.matthias-w-birkwald.de/serveDocument.php?id=626.79a.pdf)

von  
Franziska Schneider,  
Erkner

# Digitalisierung sozial gerecht gestalten

Bundestagskandidatin Anke Domscheit-Berg in Fürstenwalde



Foto: Heinz Schneider

v.l.: Anke und Daniel Domscheit-Berg, Franziska Schneider

Auf dem Vorplatz der „Roten Bank“, der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN im Landkreis Oder-Spree, wurden Bänke, Tische, Liegestühle aufgestellt, ein Grill angebrannt und Musik gespielt. Vor einer aufgestellten Leinwand nahmen auf Einladung von DIE LINKE Fürstenwalde zwei Podiumsgäste platz. Anke und Daniel Domscheit-Berg diskutierten zunächst gute eininhalb Stunden über ihre politischen Schwerpunktthemen, bevor sie wenig später von Schauspielern gespielt in dem Film „Inside Wikileaks – die fünfte Gewalt“ in den Hauptrollen auf der Leinwand erschienen.

## Industrielle Revolutionen

1. Industrielle Revolution: Buchdruck, Dampfmaschine, Eisenbahn
2. Industrielle Revolution: Fossile Brennstoffe, elektronische Kommunikation, Auto
3. Industrielle Revolution: Erneuerbare Energien, Internet, gemeinschaftlich genutzte Transportmöglichkeiten

## Whistleblower

Whistleblower sind Menschen, die Informationen aus geschützten oder geheimen Kreisen der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Bekannte Whistleblower sind u.a.:

- Carl von Ossietzky (1929 veröffentlichte er in der Weltbühne verbotene Informationen zur Aufrüstung der Reichswehr),
- William Mark Felt Sr. (1972/73 war er wichtiger Informant in der Watergate-Affäre),
- Bradley Manning (2010 spielte er ein Video zum Luftangriff des US-Militärs Wikileaks zu).

Anke Domscheit-Berg kandidiert für DIE LINKE zur Bundestagswahl als Direktkandidatin nordwestlich von Berlin im Wahlkreis 60. Sie wurde auf Listenplatz 3 der Brandenburger Landesliste gewählt. Die Unternehmerin und Buchautorin ist in der digitalen Welt zu Hause. Ihr Mann Daniel Domscheit-Berg war von 2007 bis 2010 Sprecher für Wikileaks. Er setzt sich für gesetzlichen und technischen Schutz von Whistleblowern (siehe Kasten) ein und kämpft für Informationssicherheit und -freiheit.

## Digitalisierung

Die digitale Gesellschaft ist eine Querschnittsthematik, informierte Anke Domscheit-Berg. Denn die Digitalisierung ändert fasst alle Gesellschaftsbereiche. Insbesondere der Wandel der Arbeitswelt spielte auf dem Podium eine große Rolle. Wenn Roboter- und Algorithmen den Menschen am Arbeitsplatz ablösen, weil sie nicht nur günstiger sind, sondern auch schneller und mehr produzieren können, muss der Begriff der Arbeit für den Menschen neu definiert werden. Mit Hartz IV ist diese Entwicklung nicht zu stemmen! Es bedarf anderer Antworten! Eine Möglichkeit, so Anke Domscheit-Berg, wäre das bedingungslose Grundeinkommen. Wenn wir diesen Wandel also nicht großen Konzernen überlassen wollen, muss DIE LINKE die Digitalisierung mitgestalten. Und zwar sozial gerecht und am Gemeinwohl orientiert!

## Industrielle Revolution

Das Ehepaar macht an vielen Beispielen deutlich, dass wir uns am Beginn einer dritten industriellen Revolution befinden (siehe Kasten). Der Mensch muss sich hier neu orientieren, weshalb es parallel eine soziale Revolution benötigt. Technologien wie der 3D-Druck verändern die Stellung des Menschen im Produktionsprozess grundlegend. Das Internet oder Open Source (Software mit öffentlichen Quelltext, kann meistens kostenlos genutzt werden) verbessern die Teilhabe am Gemeineigentum. Anstatt eines digitalen Prekariates benötigen wir deshalb soziale Absicherung!

## Digitale Grundrechte

Anke und Daniel Domscheit-Berg setzten sich für digitale Grundrechte ein, denn die Gesetzgebung hinkt der Entwicklung weit hinterher. Anstatt weitere Ausspähungen der Bürger gesetzlich zu legitimieren, benötigen wir den Schutz unserer Privatsphäre im Internet. Die digitale Welt bedeutet also Chancen und auch Gefahren. Deshalb ist gesetzlicher Schutz vor Überwachung und keine Ausweitung von Kontrollbefugnissen notwendig!

## Transparenz von Politik und Verwaltung

Anke Domscheit-Berg setzt sich für mehr Transparenz von Politik und Verwaltung ein. Sie selbst würde als Bundestagsabgeordnete einen Lobbykalender führen und ihre Nebeneinkünfte offenlegen. Während Anke Domscheit-Berg das System von innen transparent und partizipativ machen möchte, setzt sich ihr Mann Daniel Domscheit-Berg für Transparenz von unten ein. Um einer digitalen Spaltung entgegenzuwirken und bürgerliche Mitbestimmung zu ermöglichen, muss die Medienkompetenz der Bevölkerung gestärkt werden!

## Filmabend „Inside Wikileaks“

Im Anschluss an das Podiumsgespräch wurde der Film „Inside Wikileaks – die fünfte Gewalt“ im Freien gezeigt. Wikileaks ist eine Enthüllungsplattform, die in anonymisierter Form Dokumente veröffentlicht, die für die Allgemeinheit von Interesse, jedoch geheim sind. Der Film basiert auf dem gleichnamigen Buch von Daniel Domscheit-Berg, welches er kurz nach seiner Suspendierung von Julian Assange, dem Gründer von Wikileaks, geschrieben hat.

## Mitgestalten

Wenn wir von dieser Entwicklung nicht überrumpelt werden wollen, müssen wir die politischen Weichen jetzt schon stellen. DIE LINKE weiß das seit langem und ist nun mit Anke Domscheit-Berg, einer international bekannten Fachfrau auf dem Gebiet, gut aufgestellt.

# Was bleibt vom G20-Treffen in Hamburg?

Widerspruch von 76 000 Frauen und Männern am 8. Juli



Foto: Picasa

Am zweiten Juli-Wochenende trafen sich die VertreterInnen der G20, um ihre nationalen und globalen Interessen untereinander abzustimmen. Ich habe nicht vergessen, warum ich in Hamburg war: Gegen die G20 und ihre Kriege, ihre Klimazerstörung, ihre (Kollaboration mit) diktatorischen Regimes. Gegen den Hunger auf der Welt, das Sterben im Mittelmeer und den Ausbau autoritärer Staaten.

Mit vielfältigen Protestformen wie Straßentheater, Lesungen, Demonstrationen, friedlichen Menschenblockaden, ja sogar Yoga, brachten zehntausende Menschen unterschiedlichster Herkünfte ihre Empörung über die Auswirkungen einer zerstörerischen Politik zum Ausdruck. Über 2000 politisch interessierte und aktive Menschen zum alternativen „Gipfel für globale Solidarität“ kamen zusammen, um auf elf Podien und in über 70 Workshops intensiv nach politischen Alternativen und gemeinsamen Lösungswegen zu suchen. Und am 8. Juli sollten wir mit 76 000 Menschen die größte Demonstration Hamburgs in 30 Jahren auf die Straße bringen. Doch in den Berichterstattungen dominieren leider die vielen Gewalttaten.

## Medienschelte gegen links

Die BILD legt traditionell ein schlichtes Deutungsmuster an den Tag. Für den „G20-Terror in Hamburg“ trage „Linker Hass“ die Verantwortung. Die CDU-Nachwuchshoffnung Jens Spahn geistert auf Facebook von „vermummten Linksfaschisten“ herum, die „Applaus von den Linken“ bekämen. Im SPIEGEL war zu lesen, dass ein Grund für die Ausschreitungen darin läge, „dass die deutsche Linke es immer noch schafft, blinder Zerstörungsgeilheit ein politisches Mäntelchen umzuhängen“.

Die Ereignisse sind viel komplexer, als sie von etlichen Medien, der Polizei und in der Debatte reflektiert wurden. Der Schwerpunkt der Diskussion richtet sich nun vorwiegend auf brennende Autos und geplünderte Geschäfte während des G20-Gipfels. Hinter dieser Einordnung der Krawalle in Hamburg als „links“, steht vielmehr selbst die Agenda, gesellschaftspolitische Kritik zu diskreditieren und die politische Linke zu stigmatisieren.

Bevor man jetzt politische Forderungen erhebt, was mit den Täter\*innen zu tun sei, wäre es doch zunächst interessant zu wissen, wer diese wirklich sind. Hier



Foto: Reinhard Schwandt

empfiehlt sich beispielsweise ein Blick in die Mediathek des Polit-Magazins Panorama. Im Bericht unter dem Titel „G20-Gewalt: Wer sind die Täter?“ werden vielfältige Hintergründe der Gewalt, und was sie jeweils mit „links sein“ zu tun hätten, dargestellt. Dort werden u.a. erlebnishungrige Jugendliche sowie Voyeure und Partyvolk im Gewaltdummel dargestellt.

## Scholz leugnet Polizeigewalt

Der unprofessionelle Umgang mit dem Versammlungsrecht in Hamburg wäre schon eine eigene Untersuchung wert. Und natürlich gab es beim G20 in Hamburg auch Polizeigewalt, die bereits im Internet mit Hilfe dutzender



Foto: Reinhard Schwandt

Videos, Fotos und Berichte dokumentiert wurden. Allein die Zahl der Polizeiangriffe auf Journalisten ist so groß, dass man nicht von Einzelfällen sprechen kann. Ein Bürgermeister, der die Polizeigewalt leugnet, muss schon sehr schlecht informiert oder sehr wenig an der Wahrheit interessiert sein. Olaf Scholz, tut genau das. Er sagt: „Polizeigewalt hat es nicht gegeben, das ist eine Denunziation, die ich entschieden zurückweise.“ Das martialische Auftreten der Polizei und ihre wirklich skandalöse Einsatzstrategie darf jedoch andererseits nicht als vermeintliche Erklärungsursache und insgeheime Rechtfertigung für die Ausschreitungen herangezogen werden.

## Was bleibt?

Der Gipfel war eine peinliche Inszenierung, die etliche Millionen Euro verschlungen und die Stadt Hamburg in den Ausnahmezustand versetzt hat. Trotz der zumeist ernüchternden Berichterstattungen bin ich froh, dass eines nicht hingenommen werden kann: Unsere kollektiven Erfahrungen der zehntausenden Protestierenden vor Ort. Sie werden weiter wirken, so wie die Erfahrungen in Heiligendamm vor zehn Jahren eine neue junge Generation von aktiven politischen Menschen hervorbrachte.



von Christopher Voß,  
Vorsitzender  
DIE LINKE im  
Oder-Spree-Kreis



## 76 000 mal Hoffnung

Auch wenn aktuell die hirnlosen Plünderungen und Zerstörungen die Debatte bestimmen – die G20-Woche war mehr, viel mehr. Ich war von Sonntag bis Sonntag täglich unterwegs, mal als Parlamentarischer Beobachter der LINKEN Bundestagsfraktion, mal als Teil des Protestes. Hier der Versuch einer zusammenfassenden Einschätzung.

### 1. Eine großartige Demonstration zum Abschluss

Es ist ein großer Erfolg, dass am Samstag, noch während die G20 in den Messehallen tagten, 76 000 Menschen friedlich, fröhlich und lautstark auf die Straße gegangen sind. Und das trotz der furchtbaren Bilder vom Vorabend, trotz der wochenlangen Panikmache, trotz der Demonstrationsverbote. 76 000 Menschen, die für eine gerechtere Globalisierung, gegen Ausbeutung und Umweltverschmutzung, für eine friedlichere Welt auf die Straße gegangen sind. Es war die größte Demonstration in Hamburg seit über 30 Jahren, und darauf können wir alle stolz sein.

Wir haben von Anfang an gesagt, dass von dieser Demonstration keine Eskalation ausgehen wird, dass keine Angriffe auf Sachen oder Menschen stattfinden werden, und dass alle am Bündnis Beteiligten – wozu auch die Autonomen gehörten – in ihren Blöcken die Verantwortung dafür übernehmen, dass das auch so klappt. Wenn jetzt behauptet wird, wir hätten uns nicht eindeutig von Gewalt distanziert, dann ist das schlichtweg gelogen, im Gegenteil: Seit November haben wir das immer wieder klar gemacht. Nur das Wort ‚Gewalt‘ kommt mir in diesem Zusammenhang nur ungerne über die Lippen, aus einem simplen Grund: Wenn ich mich nachts in einer dunklen Gasse einer Frau in den Weg stelle, dann ist das verachtenswerte Gewalt. Wenn ich mich aber einem Castor-Transport in den Weg stelle, dann finde ich das richtig! Auch wenn das in gewissen – ethischen oder juristischen – Kategorien sicherlich auch Gewalt genannt werden kann. Deswegen habe ich immer auf den Gewaltbegriff verzichtet und lieber ganz konkret gesagt, was wir wollen und was wir nicht wollen: Keine Eskalation, keine Angriffe, gemeinsam mit Rollstühlen und Kinderwagen die Demo bis zum Ende gehen. Das war und ist unzweideutig, und genauso ist es dann auch gekommen: Es blieb

‚friedlich‘, um es im Polizeijargon zu sagen.

Dass es am Ende so geklappt hat, lag natürlich auch an der Polizeiführung, die – anders als am Donnerstagabend – nicht auf volle Konfrontation gesetzt hat. Wobei ein Vorfall nicht unerwähnt bleiben darf, weil er so gut zum gesamten Verlauf der Woche passt: Während der Abschlusskundgebung kam es zu einer kleinen Reiberei mit der Polizei, die Stimmung heizte sich auf. Wir sind mit mehreren von der Demoleitung dort hingegangen, haben uns zwischen Polizei und Demonstrant\*innen gestellt und versucht, die Situation zu beruhigen – was auch gut gelungen ist. Obwohl sich die Lage dann etwas entspannte und in der Situation ganz sicher keinerlei Angriffe Richtung Polizei stattfanden, bekam ich dann doch noch eine volle Ladung Wasserwerfer in den Rücken. Direkt danach hat die Polizeiführung noch einen Trupp von zehn Polizisten mitten durch die Demo geschickt, einfach nur einmal im Kreis mitten durch die noch sehr erbotene Stimmung. Das hatte nur einen einzigen Grund: Provokation. Möglicherweise die Hoffnung, jetzt doch noch Rängeleien zu provozieren und damit auch diese Demonstration als gewaltsam brandmarken zu können. Es ist ihnen nicht gelungen, und das ist einzig und allein der Besonnenheit der Demoteilnehmer\*innen geschuldet.

Die Demonstration war der sichtbare Gegenpol zum offiziellen G20-Gipfel, der auf der ganzen Linie gescheitert ist. Ich denke, wir haben unseren Beitrag dazu geleistet, dass das Modell G20 in den nächsten Jahren überdacht wird. Unser Gegenmodell ist die Generalversammlung der Vereinten Nationen – und es ist eine gute Idee, wenn viele Staatschefs im September schon ein paar Tage früher nach New York reisen, um dann in wechselnden informellen Gruppen die Entscheidungen der Generalversammlung vorbereiten. Denn reden hilft immer. Nur entscheiden sollten eben nicht kleine Kreise von reichen Ländern, sondern nur die Gesamtheit aller Länder gemeinsam.

### 2. Die Gewalt im Schanzenviertel am Freitagabend

Die Wucht der brutalen Ereignisse vom Freitagabend im Schanzenviertel hat uns alle geschockt. Diese Gewaltexzesse gegen Anwohner, Journalisten und Polizisten, diese Zerstörungswut sind durch nichts, aber auch gar nichts

zu entschuldigen. Es ist nicht klar, wer hinter der Randalie stand, sicherlich waren auch Eventjugendliche aus den Vorstädten dabei, die einfach mal die Gelegenheit zum Plündern genutzt haben. Aber es waren offensichtlich auch einzelne kleinere organisierte Gruppen aus verschiedenen Ländern dabei, die das als Protestform begreifen – was ich komplett ablehne und falsch finde. Es hat nichts Revolutionäres an sich, einen ganzen Straßenzug in Schutt und Asche zu legen. Auch Stellungnahmen, dass diese Gewalt vielleicht im ‚eigenen Viertel‘ falsch sei, aber in den reicheren Quartieren doch in Ordnung, kann ich gar nichts abgewinnen. Ich glaube, wir müssen uns, als Gesellschaft, in den nächsten Wochen und Monaten damit auseinandersetzen, was Menschen dazu bringt, so zu handeln. Monokausale Erklärungen und einseitige Schuldzuweisungen von beiden Seiten führen nur zu einer weiteren Eskalation und sollen von der eigenen Verantwortung ablenken.

Es gibt jetzt Vorwürfe, dass die Polizeiführung bewusst die Randalie im Schanzenviertel über mehrere Stunden hat wüten lassen, damit sie sich nicht über den Rest der Stadt ausbreitet. Das halte ich für Spekulation. Ausschließen kann das niemand, und alle bislang von der Polizeiführung vorgebrachten Argumente, warum sie nicht im Schanzenviertel eingegriffen haben, sind an den Haaren herbeigezogen. Aber das ist am Ende auch nicht meine Frage. Denn der Hauptfehler der Einsatzleitung und des Senates in diesen Tagen war ein anderer: der Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die massive Eskalation in den Tagen zuvor.

Die Polizei hat selbst gesagt, dass in der gesamten Zeit ihre Priorität die Staatsgäste waren. Im Klartext heißt das: Lieber ein paar Blockierer\*innen von der Straße zu fegen, damit der Gipfel pünktlich beginnen kann, als die Brandstiftungen an Privatautos zu unterbinden. Es war wichtiger, dass die Könige in Ruhe der Musik lauschen und feist schleppen konnten, als die Anwohner\*innen zu schützen. So ein Prinzip darf in einer Demokratie nicht gelten.

### 3. Angriffe auf die Versammlungsfreiheit – Yes we camp!

Über Monate gab es verschiedenste Versuche, in Hamburg ein Camp für die vielen Tausend Protestierenden aus ganz Europa aufzubauen. Die Linie des Senats war



Der Autor Jan van Aken (MdB, Fraktion DIE LINKE) am 8. Juli bei der Abschlussdemonstration.

Foto: Reinhard Schwandt

knallhart: kein Camp! Die offizielle Begründung: Da könnten sich auch Gewaltbereite untermischen, denen wollen man keine Rückzugsmöglichkeiten geben. Dazu hat Sven Brux, der Sicherheitschef vom FC St. Pauli treffend gesagt, dass jeder Mensch ein potentieller Gewalttäter sei und damit jedes Hotel auch an potentielle Gewalttäter vermietet. Wenn man dem Argument folgt, müsste die Hamburger S-Bahn auch schließen, weil ja einige Leute schwarzfahren.

Ich denke, hinter dem Camp-Verbot stand vielmehr der Versuch, so viele Menschen wie möglich davon abzuhalten, nach Hamburg zu kommen. So wie der Hamburger Senat alle nur erdenklichen Mittel eingesetzt hat, die Proteste so klein wie möglich zu halten, bis hin zur Organisation einer eigenen „Hamburg zeigt Haltung“-Demo am Samstag, den 8. Juli, angesprochen und mitfinanziert von den Bürgerschaftsfraktionen von SPD und Grünen, um die große Abschlussdemonstration zu spalten. Damit sind sie grandios gescheitert.

Selbst nachdem sich die Camps vor den Verwaltungsgerichten durchgesetzt hatten, ging die Polizeiführung weiter massiv gegen jeden Versuch vor, in Hamburg zu campen. Das ging so weit, dass ein Einsatzführer der Polizei beim Camp Entenwerder zu einer unserer Bürgerschaftsabgeordneten sagte: „Mir ist völlig egal, was das Gericht sagt!“ Das ist eine äußerst bedenkliche Entwicklung, denn in einem Rechtsstaat mit Gewaltenteilung entscheiden immer noch Gerichte darüber, was erlaubt und was verboten ist. Und nicht die Polizei.

Dazu kam eine 38 Quadratkilometer große Zone, in der für zwei Tage alle Demonstrationen verboten waren. So etwas gab es noch nie in der Geschichte der Hansestadt. Dazu kam auch ein Bericht des Verfassungsschutzes, der im Prinzip dazu aufrief, nicht auf unsere Demonstration am 8. Juli zu gehen. Man kann vom Verfas-



sungsschutz ja halten, was man will – aber es ist ganz sicher nicht seine Rolle und eine unerhörte Mandatsübertretung, sich gegen Demonstrationen zu äußern und zu demobilisieren.

Ermutigend war die Antwort der Zivilgesellschaft auf diese Angriffe auf die Demokratie. Am Dienstag (4. Juli) traten fast 20 Menschen aus Kultur, Kirche, Politik und Umweltorganisationen auf dem Rathausmarkt an die Öffentlichkeit und mahnten eine Achtung des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit an. Damit war die monatelang vorbereitete Spaltungsstrategie des Senates über Nacht zusammengebrochen, Hamburg hat an diesem Tag wirklich Haltung gezeigt und danach ging es in der Woche nicht mehr nur um den G20, sondern auch um unsere Demokratie. Die Solidarität wurde auch praktisch: So haben das Schauspielhaus und der FC St. Pauli Räume für Übernachtungen angeboten, Kirchen haben Zeltlager auf ihrem Gelände geduldet. Das war ganz groß!

#### 4. Cornern, Nachttanzen und Blockaden

Nach der ersten Demo am Sonntag gingen die Proteste schon am Dienstag massenhaft weiter. Für den Dienstagabend war in St. Pauli zum so genannten „cornern“ eingeladen – mit den Nachbar\*innen gemeinsam vor der Tür stehen, über den G20 reden, von einer gerechteren Welt träumen, Bier trinken. Es war ein lauer Abend und eine ganz wunderbare Stimmung, bis dann plötzlich mehrere Wasserwerfer am Pferdemarkt auffahren und die Straßenkreuzung absperreten. Als dann die Menschen auch auf der – nun abgesperrten – Straße standen und ihr Bier tranken, wurden sie mit eben diesen Wasserwerfern abgeräumt. Das Gute in dieser Situation: Es ließ sich wirklich nie-

mand provozieren, die Stimmung war weiter gut und die Menschen tranken weiter ihr Bier. Aber die Strategie der Polizeiführung wurde schon in dieser Situation deutlich: Völlig unnötig und ohne Anlass die Eskalation suchen.

An dieser Stelle eine Anmerkung: Ich schreibe bewusst immer von der „Polizeiführung“ und nicht von „Polizei“, weil ich hier nicht alle Polizist\*innen in einen Topf werfen möchte. Ich habe auch Einsätze gesehen, die zurückhaltend und verhältnismäßig waren – leider viel zu selten. Die Nachtanzdemo am Mittwoch war einer dieser Einsätze, da zogen über 20 000 junge Leute zu Musik (oder das, was die so Musik nennen – für so was bin ich einfach zu alt ...) durch die Stadt, es war einfach eine richtig gute Stimmung.

Völlig untergegangen ist in den Medien der Blockade-Tag am Freitag, als 3–5 000 Menschen versucht haben, in die verbotene blaue Zone einzudringen, um die Konvois der Staatschefs zu stoppen – was ihnen auch mehrfach gelungen ist. Zwischenzeitlich hieß es innerhalb der Polizei, sie habe die Kontrolle verloren und brauche dringende weitere Verstärkung aus anderen Bundesländern. Diese Blockaden wurden natürlich jeweils rasch aufgelöst, aber es entwickelten sich dort keine militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Und genau dort wurde z.B. umgesetzt, was ich mit bewussten Regelverstößen meine. Ziviler Ungehorsam, der in bestimmten Situationen politisch sinnvoll sein kann – so wie ihn Mahatma Gandhi, Martin Luther King oder Greenpeace oft und erfolgreich eingesetzt haben. Aber die Polizeiführung hat ja dann wie erwartet die mitgenommenen Luftmatratzen und aufblasbaren Gummitiefe als Waffen deklariert (weil man sich damit gegen Schlagstöcke

schützen kann) und zum Teil hemmungslos Gewalt angewendet.

#### 5. Welcome to hell – Gezielte Eskalation bei der Demonstration des „Schwarzen Blocks“

Nach den unfassbaren Gewaltbildern aus dem Schanzenviertel lässt sich heute kaum noch über die tatsächlichen Vorgänge am Donnerstagabend während der „Welcome to hell“-Demonstration diskutieren, weil jegliche Eskalation in der letzten Woche natürlich dem so genannten Schwarzen Block in die Schuhe geschoben wird. Welcome to hell war (ziemlich großkotzig, wie ich finde) als „größter Schwarzer Block in der Geschichte“ angekündigt worden. Tatsächlich waren dann zwar etwa 10 000 Menschen am Fischmarkt und nahmen stundenlang in gelöster aber unterschwellig nervöser Stimmung an der Kundgebung teil. Dann formierten sich gerade mal etwa 500 Menschen in den vorderen Reihen als Schwarzer Block, inklusive Vermummung und kompakter Aufstellung. Daraufhin stoppte die Polizei den Block und forderte die Teilnehmer\*innen auf, die Vermummung abzunehmen.

Was dann geschah, wird von vielen Journalisten, die direkt dabei waren, ähnlich geschildert. Auch ich stand zu der Zeit genau zwischen dem Schwarzen Block und den Polizeiketten, als Parlamentarischer Beobachter. Fast alle im Block nahmen ihre Vermummung herunter, am Ende waren vielleicht noch 10–20 Prozent verummumt, maximal. Und es gab, trotz der sehr aufgeheizten Stimmung, keinerlei Angriffe aus dem Block gegen die Polizei, da flog kein Stein und keine Flasche. In dieser Situation hätte eine verantwortungsvolle Polizeiführung die Demonstration laufen lassen müssen. Der Angriff auf den Schwar-

zen Block in dieser Situation war vollkommen unnötig und aus meiner Sicht eine bewusste, politisch gewollte Eskalation. Ich glaube, dass der Senat hier genau die Gewaltbilder provozieren wollte, die sie wochenlang an die Wand gemalt hatte – nicht zuletzt, um ihre ganzen Camp- und Demonstrationsverbote im Nachhinein rechtfertigen zu können.

#### 6. Die Reaktionen – ‚law and order‘ als Wahlkampfthema

Der Hamburger Senat und die Polizeiführung haben auf der ganzen Linie versagt. Erst hebeln sie das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aus, dann belagern sie die Stadt, eskalieren an allen Fronten und schaffen es trotzdem nicht, die Gewalt am Freitagabend einzudämmen. Olaf Scholz geht es jetzt nicht nur um die eigene Haut, jetzt versucht die SPD sich nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ als härteste law-and-order-Partei zu profilieren, mit Blick auf die Bundestagswahl im September. Forderungen nach Schließung der Roten Flora, der unsägliche Vorschlag eines „Rock gegen links“ (übrigens ein Lied der rechtsextremen Band Freikorps) oder die Forderung einer europäischen Linksextremen-Datei haben nun so gar nichts mit den Krawallen im Schanzenviertel zu tun, sie sind die hilflosen Versuche der SPD, noch ein paar Prozentpunkte zu retten. Schämt euch!

#### 7. Ausblick

Ich glaube, das Hamburg der Anfang vom Ende der G20 in der jetzigen Form war, vor allem aus zwei Gründen, die gar nichts mit den Protesten oder der Krawallnacht zu tun haben: Zum einen war der offizielle Gipfel ein Misserfolg auf der ganzen Linie. Zum zweiten waren die Auswirkungen auf die Bevölkerung auch jenseits Krawalle katastrophal. Ab Donnerstag ging in Hamburg gar nichts mehr, Menschen standen stundenlang im Stau und kamen nicht nach Hause, am Freitag war die gesamte Achse zwischen Elbe und Alster wegen des Konzerts in der Elbphilharmonie komplett gesperrt, da kam niemand mehr durch, auch nicht zu Fuß. Für drei Tage das komplette Leben in einer Großstadt darauf lahmzulegen wird sich auf Dauer nicht rechtfertigen lassen – vor allem nicht, wenn diese Gipfel überhaupt gar kein Ergebnis bringen.

Foto: Frank Schwarz





# Ihr auf den Straßen und Plätzen, ich grüße euch!

Esther Bejarano spricht zur Eröffnung der Demonstration „Solidarität statt G20“ in Hamburg am 8. Juli 2017



Esther Bejarano bei ihrer Ansprache auf der Demonstration „Solidarität statt G20“ am 8. Juli 2017

**Liebe Freundinnen und Freunde aus Hamburg und aus aller Welt,** ihr auf den Straßen und Plätzen, ich grüße euch! Ihr, die ihr hier protestiert, weil ihr dem Unrecht und der Unvernunft des Kapitalismus nicht tatenlos zuschauen wollt. Weil ihr eine andere Welt wollt: eine Welt ohne Kriege, ohne Waffenhandel, ohne Hunger, ohne Ausbeutung, für verantwortlichen Umgang mit unserem Planeten Erde zum Wohle kommender Generationen.

- Weil ihr nicht tatenlos zusehen wollt, wenn durch Ausbeutung von Mensch und Natur die Inseln Mikronesien dem Klimawandel geopfert werden.
- Weil ihr nicht weiter zusehen wollt, dass tausende indische Bauern sich das Leben nehmen, weil sie ihre Hoffnung auf ein besseres Leben verloren haben, dass die Welt vergiftet wird durch chemieintensive Landwirtschaft.
- Weil ihr nicht zusehen wollt, dass mit Waffenhandel viel Geld verdient wird, dass durch Krie-

ge und Verwüstung ganze Länder unbewohnbar und Millionen Menschen heimatlos werden.

- Weil ihr nicht zusehen wollt, dass im Mittelmeer tausende Flüchtlinge ertrinken, dass Geflüchtete ins Ungewisse abgeschoben werden.

## Wir sind ein Teil von euch.

Wir, eine Vereinigung der Überlebenden der Konzentrationslager, ihrer Angehörigen, ihrer Freundinnen und Freunde, haben uns zur Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten der Menschen verpflichtet.

Es ist immer gut, wenn Menschen miteinander reden. Die UNO ist für die Lösung der Probleme der Welt nach den Erfahrungen der Weltkriege gegründet worden. Hamburg als Versammlungsort der G20 hat sich offensichtlich übernommen und sich würdelos gegenüber den protestierenden Gästen verhalten, Gerichtsbeschlüsse missachtet, hanseatische Gastfreundschaft, Gelassenheit und liberales Miteinander vergessen. Stattdessen wurde die Konfrontation gesucht. Vor allem Verbote ausgesprochen. Eigentlich wurde alles verboten, Kundgebungen, Aktionen und das Schlafen in Hamburg. Ganz besonders das Schlafen in Aktions-Camps, die gerade jungen Menschen Teilhabe an solchen Ereignissen erst möglich machen.

Die Botschaft war eindeutig: Für euch ist kein Platz bei unserem Gipfel. Das ist eine Schande!

Wer erinnert sich noch, dass diese G-20-Juli-Woche vom Ersten Bürgermeister Olaf Scholz mal als „Festival der Demokratie“ angekündigt wurde?

## Liebe Leute,

die Ereignisse der letzten Zeit lassen mir keine Ruhe. Ich kann nicht anders: ich muss laut aufschreiben. Es ist Zeit für einen Aufschrei von uns allen, einen unüberhörbaren, lauten Aufschrei, der bis in den letzten Winkel unseres Landes und der ganzen Welt widerhallt. Es ist unvorstellbar, dass wir 72 Jahre

nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Faschismus wieder so viele Opfer beklagen müssen.

Opfer der Barbarei, der menschenverachtenden Ideologie durch Terror, Faschismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Ausländerhass.

Ich traure um die Opfer in unserem Land, verursacht durch den NSU und andere Neonazis, meine Trauer gilt den Opfern der Anschläge von Paris, von Ankara, von Beirut, den Opfern des Anschlags auf das russische Flugzeug, den Opfern der Anschläge von Berlin, London und Manchester und neuer Terroranschläge vielerorts. Ich traure um die Toten der Kriege im Nahen Osten. Ich traure um die Menschen, die auf der gefährlichen Flucht vor den Kriegen in ihrer Heimat sterben, weil ein Teil Europas sich abschottet.

## Nie wieder sollte die Menschheit durch Kriege bedroht werden.

Ich kann mir nichts Schlimmeres vorstellen, als dass die Erfahrung meiner Generation in Vergessenheit gerät. Dann wären alle Opfer des Faschismus und des Krieges, alles, was wir erlitten haben, umsonst gewesen.

Wir wünschen uns, dass ihr, weil es ja so bitter nötig ist, auch in Zukunft Widerstand leistet, wie damals die Widerstandskämpfer für ein Leben in Frieden und Freiheit für alle Menschen auf dieser Welt eintraten. Hier bei uns, in Europa und überall in der Welt. Die Egoisten und die Rassisten dürfen nicht Oberhand bekommen.

Wir stehen an der Seite der Menschen, die für eine Welt des Friedens, der globalen Gerechtigkeit und der grenzenlosen Solidarität eintreten!

Unsere Alternative für eine bessere, gerechtere Welt ist: Zeigen wir Menschlichkeit, helfen wir den vor Kriegen, vor Verfolgung und Unterdrückung Flüchtenden, solidarisch gegen den Hass.

**Wir alle, gemeinsam!  
Ich glaube an euch.**

### Wir müssen reden

Welt – wir müssen reden.

Dein Zustand ist schlecht – noch bleibt Zeit was zu tun – gegen Hunger, gegen Kriege, für gesunde Natur, für Gerechtigkeit.

Welt – wir müssen reden.

Welt – wir müssen reden.

Es geht um DICH. Um das Leben überhaupt.

Eine letzte Chance – beginnen wir mit dem Herstellen von Balance. Wo Mensch und Natur wieder was gelten.

Welt – wir müssen reden.

Welt – wir müssen reden.

Aber hör nicht auf die Mächtigen. Sie sind der Grund für deine Beschwerden. Schenk dein Gehör der Stimme der Vernunft. Nur sie offenbart dir Weiterexistenz und Zukunft.

Welt – wir müssen reden.

René Lindenau, Cottbus, im Juli 2017

# Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt!

## Für eine atomwaffenfreie Welt

Die Menschheit steht vor einer Reihe schicksalhafter Entscheidungen: Klimawandel, Rüstung und Krieg, zunehmende soziale Spaltung, deren Lösungsform über ihren weiteren Fortbestand bestimmt.

Ein hoffnungsvolles Zeichen setzt der auf Initiative nichtatomwaffenbesitzender Länder wie Österreich, Nigeria, Mexiko, Irland, Brasilien seit einem Jahr in der UNO verhandelte und am 7. Juli 2017 von 122 Staaten verabschiedete historische Vertrag zum Verbot von Kernwaffen. Dieser soll im September in New York zur Unterzeichnung freigegeben werden und tritt in Kraft, wenn er durch 50 Staaten ratifiziert wurde. Boykottiert wurden die Verhandlungen durch die neun kernwaffenbesitzenden sowie die NATO-Staaten (außer Niederlande).

Dieser Vertrag kommt zum genauen richtigen Zeitpunkt: die NATO beschloss 2011 auf ihrem Gipfel die nukleare Aufrüstung bzw. die Modernisierung ihres Raketenarsenals. Seit Herbst 2016 plädieren auch CDU-Bundestagsabgeordnete wieder für eine „gemeinsame europäische nukleare Abschreckung“ und prüfen die Möglichkeit der „Kofinanzierung“ der britischen und französischen Kernwaffen aus dem deutschen Verteidigungshaushalt, der zudem gemäß Trumps Forderung kräftig anwachsen soll.

Für die Bundesregierung, die die Verhandlungen und den Vertrag boykottierte, hat dieser noch eine besondere Handlungsverpflichtung. Die Teilnehmerstaaten verpflichten sich zur Herbeiführung eines raschen Abzugs auf ihrem Territorium stationierter Atomwaffen. Das stärkt hierzulande alle, die schon seit dem Ende des kalten Krieges den Abzug der in Büchel lagernden US-Atombomben fordern. Zudem befindet sich in Büchel ein Tornado-Fliegerhorst mit 1500 Militärangehörigen, die für Atombombenabwurf mittels Tornados ausgebildet werden. Tornados aus Büchel flogen aber auch Einsätze von Incirlic aus nach Syrien.

Die Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt“ wird von vielen Friedensgruppen der Zivilgesellschaft, der Kirche, die Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrie-

ges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) getragen und von vielen weiteren Gruppen und Personen gestützt, die mit kreativen Aktionen seit Jahren friedlichen Protest und zivilen Ungehorsam praktizieren.

Dieses offensichtlich entscheidende Jahr ist daher eines erhöhter Aktivität der Kampagne. Sie initiierte eine bis zum 15. September 2017 laufende bundesweite Unterschriftensammlung zur Forderung „Abzug statt Aufrüstung der Atomwaffen“, die den künftigen Verhandlungspartner zur Regierungsbildung nach der Bundestagswahl als Wählerauftrag übergeben werden.

Am Fliegerhorst selbst läuft noch bis 9. August 2017 die Dauer-Aktionspräsenz „20 Wochen gegen 20 Atombomben“ mit Friedenscamp, Friedenskonzert, Mahnwachen, Blockaden, Go-in-Aktionen, Gottesdienst, Kleinkunst und und und ... Besondere Höhepunkte waren bisher eine Vollblockade mit 700 Teilnehmern an allen Eingängen des Horstes, das Konzert mit Konstantin Wecker und das wohl für die Kirche einmalige Bekenntnis des Bischofs von Trier, der vor dem Horst eine Friedensandacht hielt.

Bernd Lachmann, LINKER in Potsdam-Mittelmark, ergriff die Initiative, die Aktionen auch nach Brandenburg zu tragen und die Friedensaktivisten vor Ort zu unterstützen. Er nahm Kontakt zur Bücheler Kampagne auf und fuhr mit weiteren fünf Genoss\*innen des Landesverbandes zum Protestcamp nach Büchel in der Eifel.

Bei Ankunft spannten wir ein Transparent „Brandenburger sagen NEIN zu nuklearer Aufrüstung. Weg mit den Atomwaffen in Büchel“ über die Brücke einer Bundesstraße, die zum Fliegerhorst führt. Früh ab sechs Uhr blockierten wir für knapp drei Stunden das Haupttor zum Fliegerhorst, indem wir unsere Transparente über die Straßenbreite spannten und selbst dahinter standen.

Die Reaktionen der zum Dienst Ankommenden waren genervt (schon wieder!), Kopfschütteln, Vogel zeigen, „Scheibenwischer“ oder Ignorieren. Aber auch gelegentliche Zustimmung, Winken, Hupen, Daumen hoch von vorüberfahrenden „Zivilisten“.

Nach 20 Minuten traf ein Polizeistreifenwagen mit zwei Polizisten ein, die unseren friedlichen Protest nicht behelligten. Über die Jahre hat sich zwischen der Kampagne und der Polizei eine Art kooperatives Verhältnis entwickelt, denn von all den Aktionen ging niemals Randal aus.

Zum Wochenendfeierabend waren wir dann wieder mit unseren Transparenten zur Stelle und umsäumten als Mahnwache den Straßenrand. Jetzt hatten wir mehr Zuspruch: Zivilbeschäftigte verließen das Gelände mit Daumen hoch, eine Handwerkertruppe fuhr vorbei und grüßte, Wohnwagentouristen winkten, ein ungarischer Motorradfahrer fuhr eine Ehrenrunde um uns und nannte uns Helden, schoss ein Sofortbild für sich und uns, ein Bücheler Bürger hatte von uns gehört und kam, um sich solidarisch zu zeigen. Eine Bücheler LINKE brachte Tomaten aus ihrem Garten. Das war sehr schön, leider gab es auch genügend Gleichgültige oder Ablehnende.

Vor der Heimfahrt hängten wir unser „Brandenburger sagen NEIN ...“-Plakat in den Friedenspark an der Straßenzufahrt zum Fliegerhorst, in dem alle Aktionsgruppen ihre Statements als Plakate, Skulpturen, Transparente, Fotos ... hinterlassen. Auch eine Tafel des Trierer Bischofs war als erkennbare Mahnung dabei.

Nun gilt es, auch die Kommunen dazu zu bewegen, die Forderung nach nuklearer Abrüstung an den Städte- und Gemeindefesttag zu richten. Einige Gemeinden haben dies dank der Initiative der Friedensforen von Bernd Lachmann bereits getan. Kümmern wir uns darum, dass weitere folgen.

von  
**Sonja Newiak**,  
 Cottbus, Teilnehmerin

Weitere Informationen im Internet unter:  
<http://www.atomwaffenfrei.de>

Brandenburger LINKE demonstrieren am 21. Juli gegen die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland.  
 Foto:  
 Frithjof Newiak





von  
Dr. Artur Pech,  
Mitglied des Präsidiums des Bundesausschusses,  
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree

- Der Text des Änderungsantrags 9.2. kann im Internet unter [https://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteitage/hannoveraner\\_parteitag\\_2017/antragshefte/hannover2017\\_antragsheft3.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteitage/hannoveraner_parteitag_2017/antragshefte/hannover2017_antragsheft3.pdf)

- Informationen zu den politischen Zielen der im Landesverband Sachsen als Landesarbeitsgemeinschaft anerkannten AG Delegiertenmandat im Internet: <https://delimandat.de>

# Der Parteitag, der Extremismus und die Kommunalpolitik

Nachtrag zu „SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.“, Widerspruch 7/2017

G9 war das Kürzel für den Antrag „Überwachung der Partei DIE LINKE durch die Inlandsgeheimdienste beenden“. Der Parteitag hatte diesen Antrag zur Behandlung an den Bundesausschuss überwiesen.

Der Bundesausschuss hat ihn am 18. Juni 2018 behandelt und beschlossen: „DIE LINKE fordert die Abschaffung der Inlandsgeheimdienste und lehnt die Erfassung der Partei DIE LINKE und deren Gliederungen als ‚extremistische Strukturen‘ durch die Inlandsgeheimdienste entschieden ab. Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, die Erfassung, Beobachtung und den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel gegen DIE LINKE, ihre Gliederungen und Mitglieder sofort zu beenden.“

*Insbesondere ist sicherzustellen, dass weder Personen noch Vereine, Verbände und andere Zusammenschlüsse aufgrund ihrer politischen, religiösen und/oder weltanschaulichen Auffassungen zum Gegenstand grundrechtseinschränkender Maßnahmen werden, wie sie auch eine Nennung im Verfassungsschutzbericht und eine damit verbundene Beobachtung durch die Inlandsgeheimdienste darstellen.“*

In der Begründung zum Antrag hieß es: „Nicht zuletzt der NSU-Skandal zeigt, dass sich Geheimdienste weder kontrollieren lassen, noch zur Aufklärung von Skandalen beitragen. Zudem wird durch die Inlandsgeheimdienste Politik gemacht, indem

*insbesondere linke Gruppen durch die Beobachtung, Erfassung und Dokumentation in den Verfassungsschutzberichten diskreditiert und behindert werden sollen.“*

Als der Bundesminister des Innern Thomas de Maizière und Bundesverfassungsschutzpräsident Dr. Hans-Georg Maaßen am 4. Juli 2017 ihren Verfassungsschutzbericht 2016 präsentierten wurde deutlich, wie sehr das den Nagel auf den Kopf trifft. In diesem Bericht erscheinen im Kapitel „Linksextremismus“ aus der Partei DIE LINKE sieben innerparteiliche Zusammenschlüsse – von der Kommunistischen Plattform über das marxistische Forum bis zu Cuba Sí ([www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2016.pdf](http://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2016.pdf)).

Als ich nun im Juli 2017 in Fürstenwalde an einer Sitzung des regionalen Polizeibeirates teilnahm, holte mich das Thema „Verfassungsschutz“ wieder ein. Am Beispiel der sogenannten „Reichsbürger“ wurde ausführlich dargestellt, dass in Brandenburg die Kapazitäten des Verfassungsschutzes nicht ausreichen. Von einem gewissen V-Mann „Plato“ und dem Anteil des Brandenburger Verfassungsschutzes am NSU-Skandal war freilich keine Rede – vom „Linksextremismus“ schon. Ich gedenke nicht, dieser Argumentation auf den Leim zu gehen. Die in der Totalitarismus-

doktrin wurzelnde Extremismustheorie ist schließlich ein Teil des Apparates, mit dem in der Bundesrepublik Deutschland gegen eine linke gesellschaftliche Alternative operiert wird. Ob im Verfassungsschutzbericht oder in der täglichen politischen Auseinandersetzung werden wir dem auch künftig unterschieden zu begegnen haben.

Und wenn in Brandenburg der Verfassungsschutz schon nicht aufgelöst wurde – einen Ausbau darf es mit Beteiligung der LINKEN nicht geben!

Die Behandlung der Frage des Verfassungsschutzes in der LINKEN hat noch eine zweite Seite. Der Antrag fand schon während der Vorbereitung auf den Parteitag nicht nur Zustimmung.

Mit der Bewertung des dazu eingereichten Änderungsantrages 9.2 bin ich sowohl hinsichtlich seines intellektuellen Potenzials als auch hinsichtlich des möglicherweise darin versteckten Humors freilich überfordert. Bilde sich jeder selbst ein Urteil über einen Text, in dem es heißt: „Die AG Delegiertenmandat lehnt die freiheitlich demokratische Grundordnung entschieden ab, solange nicht von einem unabhängigen Institut (aber nicht Fresenius!!!) nachgewiesen wurde, dass diese gluten- und laktosefrei und generell hypoallergen, vegan, fair gehandelt, nachhaltig und ohne Anwendung von Tierversuchen produziert ist. Die Grundordnung ist weiterhin recht unordentlich und es sieht in diesem Land mittlerweile aus, wie bei Hempels unterm Sofa. Überhaupt erwarten wir, dass das Merkel-Regime™ endlich öffentlich eingesteht, dass die freiheitlich demokratische Grundordnung eine Scheibe ist!!1elf!!“ (Änderungsantrag 9.2, Antragsheft 3, S. 8)

Innerparteilich ist die Angelegenheit leider mit dem Beschluss des Bundesausschusses vom 18. Juni 2017 nicht erledigt. Gegen seine Gültigkeit hat der Antragsteller (René Jalaß, Tilman Loos, LAG Delegiertenmandat Sachsen) des Änderungsantrages 9.2 (Zitat oben) die Bundesschiedskommission angerufen. Warten wir also das weitere Verfahren ab ...

## Das Alte stirbt ...

Im 100. Jahr nach der Oktoberrevolution sind wieder reichlich Marx- und Leninotörer zu vernehmen. Angesichts dieser Flut machen auch Gegenbeispiele Mut.

„Die Debatten über Fragen einer Strategie der Transformation des Kapitalismus im 21. Jahrhundert müssen sich dem Widerspruch zwischen den objektiven Krisenprozessen in der heutigen Welt und der Tatsache stellen, dass sowohl die Bereitschaft der Subalternen zum Massenprotest gegen diese Welt als auch die Anziehungskraft von Alternativen zum Kapitalismus und die Formierung von organisierten Führungskräften im Kampf um eine Neuordnung sich immer noch

im embryonalen Zustand befinden. Das ist von einer demokratischen und sozialistischen Veränderung von real existierenden Herrschaftsverhältnissen immer noch weit entfernt. Solange dieser Widerspruch sich nicht auflöst, wird linke Politik an der Vermittlung des Kampfes um Demokratie und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der subalternen Klassen und den programmatischen Perspektiven einer grundlegenden Transformation arbeiten müssen. Der junge Marx – im Vormärz in der Erwartung einer neuen europäischen Revolution – hatte 1844 sehr genau begriffen, dass die ‚Revolutionen ... eines passiven Elements, einer materiellen Grundlage ... bedürfen‘, und dass

„die Theorie (der Weltveränderung) wird in einem Volke immer nur so weit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist“. Daraus schloss er: „Es genügt nicht, dass der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen“ (MEW, Bd. 1, S. 386)“

(Auszug aus: Vorabdruck „Das Alte stirbt, und das Neue kann nicht zur Welt kommen.“ Die krisenhafte Gegenwart ist wie vor 100 Jahren eine Zeit des Übergangs. Doch die Revolution ist nicht in Sicht. Von Frank Deppe; junge Welt, 25. Juli 2017, S. 13. Das Marx-Zitat folgt der angegebenen Quelle in den MEW)

Gelesen von Artur Pech

**DOKUMENTIERT**

**Sozial. Gerecht. Frieden. Für Alle.**

Schwerpunkte des Programmes der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl am 24. September 2017

■ Respekt und Gute Arbeit



**Fair:** Mindestlohn, der zum Leben und für eine armutsfeste Rente reicht: 12 Euro!

**Neues Normalarbeitsverhältnis:** Arbeitszeit kürzen, mehr Arbeit für Alle! Vollzeit um die 30 Stunden bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich. Unfreiwillige Teilzeit schränken wir ein.

**Zukunft planbar machen:** Leiharbeit, Befristung und Missbrauch von Werkverträgen stoppen.

■ Keine Angst vor Altersarmut



**Lebensstandard sichern:** Sicherungsniveau von 53 Prozent – das sind 130 Euro mehr für den „Durchschnittsrentner“. Gleiche Renten in Ost und West!

**Schluss mit Altersarmut:** Solidarische Mindestrente von 1050 Euro, niedrige Löhne in der Rente aufwerten, das sind z.B. 270 Euro mehr Rente für eine Verkäuferin. **Statt Arbeiten bis zum Umfal-**

**len:** Ab 65 sowie nach 40 Beitragsjahren abschlagsfrei in die Rente. Die Löhne und Renten sind im Osten immer noch niedriger als im Westen. Wir gleichen sie an.

■ Mindestsicherung ohne Sanktionen!

**Die Würde des Menschen ist unantastbar:** Hartz IV abschaffen, eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1050 Euro einführen, ALG I verlängern, Hürden abbauen.

**Kinderarmut beseitigen:** Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen, Kindergrundsicherung von 573 Euro einführen.

**Das Öffentliche stärken:** Sozialtarife für Strom, Sozialtickets, gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule.

■ Keine Zwei-Klassen-Medizin

**Solidarische Gesundheitsversicherung:** Alle zahlen mit allen Einkommen ein. Paritätische Finanzierung der Beiträge – wir senken die Beiträge auf unter 12 Prozent und niemand muss mehr für Brillen oder Zahnersatz zuzahlen. **Aufwertung und gesetzliche Personalbemessung in Gesundheit und Pflege:** 100 000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern. **Pflegevollversicherung:** Alle Leistungen werden übernommen. Alle zahlen mit allen Einkommen ein.

■ Wir sorgen dafür, dass Wohnen bezahlbar ist



**Investieren:** Sozialen, kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau stärken: 250 000 Wohnungen pro Jahr.

**Sichern:** Sozialbindung nicht auslaufen lassen, keine Mieterhöhung ohne Werterhöhung.

**Bremsen:** Wirksam Spekulationen und Privatisierungen stoppen. Einfrieren und Absenken von Mieten im Milieuschutz/ angespannten Wohnlagen.

■ Umsteuern für soziale Gerechtigkeit



**Gerechte Einkommensteuer:** Wir senken die Steuern für Menschen mit durchschnittlichen und niedrigen Einkommen. Steuerfreibetrag auf 12 600 Euro erhöhen. Alle, die weniger als 7 100 Euro brutto im Monat verdienen, werden entlastet. Wir gleichen aus, indem wir hohe Einkommen stärker besteuern: Spitzensteuersatz 53 Prozent über 70 000 Euro zu versteuernde Einkommen.

**Millionäre besteuern:** Vermögensteuer von 5 Prozent auf alle Vermögen oberhalb von 1 Mio. €. **Die Reichensteuer erweitern:** 60 Prozent ab rund 260 000 Euro, 75 Prozent auf Einkommen oberhalb von 1 Million Euro.

■ Soziale Offensive für Alle: solidarische Einwanderungsgesellschaft

**Wohnen, Bildung und Arbeitsmarkt:** Investieren und sozial gerecht für Alle gestalten.

**Kein Sterben im Mittelmeer oder Erfrieren auf der Balkanroute:** Legale Fluchtwege sind eine gemeinsame Verantwortung in Europa.

**Grundrecht auf Asylrecht** wieder herstellen und **Genfer Flüchtlingskonvention** endlich durchsetzen.

■ Milliarden Euro in die Zukunft investieren  
Öffentliche Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge stärken. Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen, mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und die Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial verträglich umbauen.

■ Abrüsten und Fluchtursachen bekämpfen



**Konsequent sein:** Waffenexporte verbieten – vor allem in Krisengebiete.

**Abrüsten:** Keine Erhöhung des Militäretats und keine europäische Armee.

**Frieden stärken:** Europäische Entspannungspolitik statt Auslandseinsätze der Bundeswehr.

■ Die Europäische Union neu starten

Statt Vorfahrt für die Unternehmen und Banken wollen wir, dass die Menschen an erster Stelle stehen. Wir wollen einen Aktionsplan gegen Erwerbslosigkeit in Europa und für soziale und ökologische Wirtschaft. Statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA brauchen wir einen fairen Handel und wirksamen Klimaschutz. Schluss mit der unsozialen Kürzungspolitik. Wir machen die Europäische Union sozial, demokratisch und lebenswert für alle.



von  
**Stephan Wende,**  
Vorsitzender  
DIE LINKE Fürsten-  
walde

# Programm zur Bundestagswahl beschlossen

Artur Pech, LOS-Parteitage delegierter, in der Fürstenwalder „Roten Bank“

Der Schöneicher Artur Pech ist vielen als Kreistagsabgeordneter bekannt. Er ist aber auch Delegierter der LINKEN aus Oder-Spree zum Parteitag. In dieser Eigenschaft folgte er der Einladung der Fürstenwalder Genossinnen und Genossen, um in deren Mitgliederversammlung mit ihnen die Ergebnisse des Parteitages in Hannover auszuwerten.

„17 Kapitel umfasst jetzt das beschlossene Wahlprogramm. Über 1500 Anträge galt es im Vorfeld zu lesen, zu diskutieren und letztendlich zu behandeln. Das ist Schwerstarbeit bis in die tiefe Nacht

hinein“, beschrieb er kurz das Delegiertenleben. „Aber es ist eine wichtige Aufgabe und nebenbei trifft man auch immer viele engagierte linke Mitstreiter\*innen aus Ost und West. Gerade die Gespräche und Diskussionen auch am Rande des Parteitages sind ein Gewinn und regen zum Nachdenken an!“

„DIE LINKE ist eine eigenständige Partei, mit eigenständiger Programmatik. Und niemand will in irgendeiner Weise einen Lagerwahlkampf führen. Für uns ist im Wahlkampf das allerbeste, wenn über Inhalte gestritten wird, weil wir da besser sind als die anderen. Das ist das gemeinsame Ziel auch des Parteitages gewesen“, betonte er und beschrieb damit eine Arbeitsatmosphäre, die getragen war vom Willen gemeinsam das Wahlprogramm zu erarbeiten und zu beschließen.

DIE LINKE hat gezeigt, dass sie die Oppositionsführerschaft kann. Zur Bundestagswahl kämpft sie für einen Politikwechsel in Deutschland und in Europa.

Die viel diskutierte Frage, die LINKE immer wieder gestellt bekommen: *Regierungskurs oder Oppositionskurs?* beantwortete übrigens der Spitzenkandidat der LINKEN und Fraktionschef Dietmar Bartsch auf dem Parteitag ganz einfach: „Und ich sage, da gibt es eine ganz klare Antwort: Erfolgskurs, liebe Genossinnen und Genossen, das ist unser Weg.“

Und da jetzt im September die Wiedergeburt der schwarz-gelben Koalition droht, werden die LINKEN in Fürstenwalde, in Oder-Spree und bundesweit die Auseinandersetzung mit dem konservativen, liberalen Block annehmen. Und zwar mit ganzer Kraft und mit ganzer Leidenschaft, mit allem, was wir haben. „Zwölf Jahre Kanzlerschaft von Angela Merkel, die reichen“, so Bartsch. „Merkel, Schäuble, Seehofer und Lindner, dieser konservative Block, die verhalten sich doch jetzt schon so, als hätten sie die Wahl gewonnen, als wenn das ihr Land ist. Aber ich sage euch: das ist nicht das Land von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble.“

Das ist unser Land. Holen wir es uns zurück!“

Fotos: DIE LINKE  
Fürstenwalde



## Volksinitiative

für faire Bürger- und Volksentscheide

Jetzt 2 x unterschreiben!

WIR  
ENTSCHEIDEN  
MIT!

wir-entscheiden-mit.de

Impressum: Wir entscheiden mit! c/o Mehr Demokratie, Konradstr. 10, 10585 Gremersburg, Bitterfeld-Wolfen, Sachsen-Anhalt

### NACHRICHT

## Sommergrillfest vor der „Roten Bank“



DIE LINKE in Fürstenwalde lud zum Sommergrillfest in und vor unser Bürgerbüro „Rote Bank“ ein und über 60 Besucher\*innen folgten der Einladung.

Gründe dafür gab es genug. Im Juni 2017 wurde unsere Partei DIE LINKE zehn Jahre alt. Wir wollen in den Sommer und in den Bundestagswahlkampf starten und mit unseren Nachbar\*innen in der Stadt wollen wir gerne mal wieder zusammenkommen. Denn wir sind ansprechbar und bemüht die Probleme der Bürger\*innen in ihrem und im Interesse der Stadt zu lösen!

*Stephan Wende, Vorsitzender der LINKEN in Fürstenwalde*



## Tränen aus dem Bücherregal

So lange sich Eselsohren als organischer Bestandteil eines Tieres präsentieren, ist alles in Ordnung. Kommen sie jedoch in Büchern vor, werden sie gar nicht geschätzt. Sie verweisen auf einen nachlässigen Benutzer, der zu bequem ist, sich eines Lesezeichens zu bedienen, um die Stelle wiederzufinden, an der er die Lektüre unterbrechen musste. Stattdessen knickt er eine Ecke um. Anschließend sehen die schön gestalteten Druckerzeugnisse aus wie ein soeben geborenes Eselchen, bei dem die Ohren sich noch nicht aufgerichtet haben. Aber ein Buch ist kein Esel, es behält diesen Knick für immer.

Vielleicht mag sich auch Ingeborg Rapoport, die Berliner Autorin eines neuen Kinderbuches, über solche Eselsohren irgendwann einmal geärgert haben. Sie war in der DDR als Kinderärztin geschätzt und machte vor zwei Jahren Schlagzeilen, als sie im Alter von 102 Jahren ihre 1937 in Hamburg vorgelegte Dissertation über Lähmungserscheinungen infolge von Diphtherie verteidigte. Als

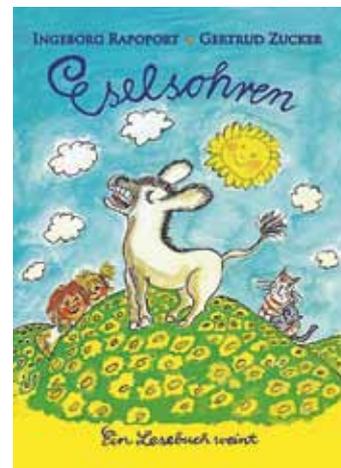
junge Frau war ihr das von den Nazis wegen ihrer jüdischen Herkunft verwehrt worden. Rapoport kam in Kamerun zur Welt, wuchs in Deutschland auf, emigrierte in die USA und durfte dort ebenfalls nicht bleiben, diesmal ihrer kommunistischen Gesinnung wegen. Bereits vor zwanzig Jahren nannte sie ihre Erinnerungen »Meine ersten drei Leben«. Inzwischen dürfte ein viertes hinzugekommen sein.

Im Kinderbuecherstling, den Ingeborg Rapoport zusammen mit der erfahrenen Grafikerin Gertrud Zucker in einem kleinen Brandenburger Verlag vorlegte, bringt der Schuljunge Joshi ein Buch zum Weinen, weil er immerzu Eselsohren hinein knickt. Die ganze Familie wird auf den Plan gerufen, mitsamt der Katzen und Plüschtiere sowie eines echten Esels und dreier merkwürdiger altmodischer Menschen, die mit Hörgeräten zu tun haben. Sogar Tieren passen sie diese an. Am Ende wird ein schönes Buch gerettet, ein hochnäsiger Kater überdenkt seine Vorurteile gegenüber jammernden Schaukel-

pferden und lebenden Eseln, ein lesewütiger Junge wird ein wenig achtsamer und ein kreatives Team aus Menschen, Tieren und Spielzeugen bringt ein anspruchsvolles Projekt in kürzester Zeit zu einem erfolgreichen Abschluss, obwohl hinter jeder Ecke ein neues Problem lauert.

Das Ganze ist höchst amüsant zu lesen und bekommt dank der Illustrationen noch eine zusätzliche inhaltliche Dimension. Wie man mit einem kargen schwarzen Rahmen und wenigen hellbraunen Pinselstrichen nicht nur einen Kater darstellen kann, sondern einen überaus gelangweilten, von Spielzeugheulsusen genervten, das weiß Gertrud Zucker allein.

Silvia Ottow,  
„neues deutschland“,  
16. 3. 2017



Ingeborg Rapoport, Gertrud Zucker: Eselsohren. Ein Lesebuch weint. Edition Märkische LebensArt, 75 Seiten, geb., empfohlenes Alter: 5–7 Jahre, ISBN-10: 3943614123, ISBN-13: 978-3943614121, 14,95 €

## „Immer schön auf Augenhöhe“

Gesine Löttsch, Mitglied des Bundestages, zu Gast in der „Roten Bank“

Die Eröffnung des Sommergartens vor der „Roten Bank“, der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Fürstenwalde, musste wegen Regens ausfallen. Trotzdem freute sich der Ortsvorsitzende Stephan Wende, dass an diesem Sonntagnachmittag der Raum gut gefüllt war mit Menschen, die eine Lesung von Gesine Löttsch miterleben wollten. „Immer schön auf Augenhöhe“ heißt das kürzlich erschienene Buch der Bundestagsabgeordneten aus Berlin, die seit 2002 den Wahlkreis Berlin-Lichtenberg als direkt gewählte Abgeordnete vertritt.

Immer schön auf Augenhöhe, das ist ihr Motto als Abgeordnete im Umgang mit ihren Wählerinnen und Wählern, wahrscheinlich ihr Erfolgsrezept. Sie ist nicht die abgehobene Politikerin, sie ist volksnah und spricht einfach und verständlich, kann sich in die Bedürfnisse und Probleme ihrer Gesprächspartner hineinversetzen.

So wie sie erzählte und zwischen durch kurze Kapitel las, das war

kurzweilig und spannend. Sie hat ja viel erlebt in all den Jahren. Stark geprägt haben sie die vier Jahre von 2002 bis 2006, als sie mit Petra Pau zusammen am Katzentisch des Bundestages sitzen musste, zuerst sogar völlig ohne Tisch. Die beiden waren damals die einzigen Abgeordneten der PDS, beide in Berlin direkt gewählt. In diesen Jahren hat sie gelernt, sich kurz zu fassen. „Vier Minuten betrug unsere Redezeit, da ist man gezwungen, das, was man sagen will, auf den Punkt zu bringen.“ So sind auch die Kapitel in ihrem Buch. Kurz und knapp, eher Anekdoten.

Sie entschied sich damals, Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages zu werden, „weil dies der einzige Ausschuss ist, in dem sämtlich Minister erscheinen müssen, um ihre Etats durchzubringen“. Heute ist Gesine Löttsch Vorsitzende dieses Ausschusses und wird in dieser Funktion auch immer wieder mal vom Fernsehen interviewt.

Ap-  
ropos  
Fern-  
sehen.  
Auch in  
einem  
Film ist  
sie ein-  
mal auf-  
getre-  
ten. Der  
Komiker Hape Kerkeling hat vor  
Jahren den Film „Horst Schlämmer  
– Isch kandidiere“ gedreht, in dem  
ein Provinzreporter Bundeskanzler  
werden will. In dem Film gibt es  
Interviews mit einer Reihe bekann-  
ter Politiker, von Angela Merkel bis  
eben zu Gesine Löttsch. Trotzdem  
war der Film kein Renner.

Es war ein Nachmittag, der gute Einblicke bot in das Leben einer engagierten und profilierten Politikerin. Die Anwesenden verabschiedeten sie mit dankbarem Beifall und des besten Wünschen für einen erneuten Wahlerfolg im September.



Gesine Löttsch, Immer schön auf Augenhöhe, Eulenspiegel Verlag, 160 S., geb., mit Abb., 9,99 Euro, ISBN 978-3-359-01732-5

von Gerold Sachse,  
DIE LINKE Fürsten-  
walde

**IN EIGENER SACHE**

Dem Widerspruch August 2017 liegt das von der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree herausgegebenes Faltblatt **„Zwischen Kurmark-Kaserne und Friedenshaus – Historisches Erbe, militaristische Traditionen und**



**kommunale Friedenspolitik im Landkreis Oder-Spree“** bei. Weitere Exemplare können in der Fraktionsgeschäftsstelle bestellt werden.

**Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag im August 2017**



1. 8. Herbert Grasemann	Eisenhüttenstadt	89 J.
3. 8. Margarete Müller	Schöneiche	83 J.
7. 8. Wolfgang Kurch	Schöneiche	85 J.
7. 8. Dr. Artur Pech	Schöneiche	70 J.
10. 8. Karl-Heinz Lindeke	Storkow	87 J.
11. 8. Herbert Haschke	Spreenhagen, OT Hartmannsdorf	88 J.
17. 8. Edelgard Gutjahr	Woltersdorf	84 J.
18. 8. Charlotte Friedrich	Woltersdorf	80 J.
18. 8. Hildegard Haschke	Spreenhagen, OT Hartmannsdorf	86 J.
18. 8. Gertrud Jahnke	Fürstenwalde	91 J.
19. 8. Heinz Frank	Fürstenwalde	87 J.
23. 8. Gisela Werner	Ziltendorf	88 J.
24. 8. Günter Liebl	Eisenhüttenstadt	81 J.
26. 8. Irene Liesegang	Bernau, OT Schönau	94 J.
29. 8. Rolf Bazyli	Eisenhüttenstadt	80 J.
29. 8. Peter Engert	Fürstenwalde	65 J.
30. 8. Heinz Drescher	Schöneiche	83 J.
30. 8. Kurt Schober	Eisenhüttenstadt	90 J.

**DIE LINKE Oder-Spree**

■ Kreisgeschäftsstelle  
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde  
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24  
E-Mail: [kontakt@dielinke-oder-spree.de](mailto:kontakt@dielinke-oder-spree.de)  
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr  
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung  
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow  
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow  
Telefon: (0 33 66) 2 02 02  
E-Mail: [kontakt@linke-beeskow.de](mailto:kontakt@linke-beeskow.de)  
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt  
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt  
Telefon: (0 33 64) 4 42 51  
E-Mail: [dielinke-ehst@t-online.de](mailto:dielinke-ehst@t-online.de)  
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

[www.dielinke-oder-spree.de](http://www.dielinke-oder-spree.de)

**NACHRICHT**

**Bundeswehrtraditionspflege bleibt ein Problem**

Aus der vor einigen Wochen groß angekündigten Reform der Traditionspflege bei der Bundeswehr ist noch nicht viel geworden. Das zeigt zumindest die Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage „NS- und Wehrmachtstradition und Symbolik bei der Bundeswehr“ (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/130/1813085.pdf>).

Die bisherige Bilanz der letzten Bundesregierungen in punkto Kasernenumbenennungen war ohne Frage mehr als dürftig, aber auch die aktuellen Ankündigungen offenbaren eher eine anhaltende Halbherzigkeit als eine tatsächliche Abkehr von der bisherigen unseligen Traditionspflege. Wer an Rommel als Namensgeber und Traditionsstifter festhält und

ihn sogar zum Widerständler und Opfer des Nationalsozialismus erklärt, scheut nicht nur jegliche ernsthafte Auseinandersetzung mit den fortwirkenden Traditionslinien des deutschen Militarismus, sondern verhöhnt auch die Millionen von Opfern des deutschen Vernichtungskrieges.

Sämtliche Ankündigungen bleiben nicht viel mehr als heiße Luft, solange die Verteidigungsministerin nicht Schluss mit jeglichem positiven NS- und Wehrmachtsbezug macht. Passend dazu hat Bundesverteidigungsministerin von der Leyen nun offenbar Weisung gegeben, ihre (durchaus kritischen) Reden zur Traditionspflege in der Bundeswehr von der Homepage des Ministeriums zu löschen.

**Alles öffentlich im Kreistag LOS**

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 12. 9., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde  
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

**Sitzungen im Juni/Juli 2017**

- Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU 29. 8., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12, KWU, Beratungsraum
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 31. 8., 17.00 Uhr, Eisenhüttenstadt, Alte Ladenstraße 11, GeWi-Treff
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 31. 8., 18.00 Uhr, Bad Saarow, Seeestr. 22 Restaurant Park Café
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 4. 9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 5. 9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr 6. 9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 7. 9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen 11. 9., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 13. 9., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages [www.landkreis-oder-spree.de](http://www.landkreis-oder-spree.de) entnehmen.

**Kreistag Oder-Spree**

4. 10., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

**IMPRESSUM:**

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: [kontakt@dielinke-oder-spree.de](mailto:kontakt@dielinke-oder-spree.de)  
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: [p-w-hochmuth@t-online.de](mailto:p-w-hochmuth@t-online.de); Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: [Elvira\\_strauss@web.de](mailto:Elvira_strauss@web.de)  
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500  
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: [Schneider.Satz@t-online.de](mailto:Schneider.Satz@t-online.de)  
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln  
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE2217055053410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

# Pressefest ein zweites Mal

Brandenburger „Kleine Zeitungen“ in Bernau am 15. Juli

von  
Frithjof Newiak,  
LAG Rote Reporter,  
„Cottbuser Herzblatt“

Am 15. Juli fand wieder das Pressefest der Brandenburger „Kleinen Zeitungen“ in Bernau statt, an dem sich neun „Kleine Zeitungen“ beteiligten. Ein buntes politisch-kulturelles Programm bot Unterhaltung und Information für Jung und Alt.

Da haben sich die Bernauer GenossInnen wieder ins Zeug gelegt und ein tolles Pressefestprogramm auf die Beine gestellt. Es gelang wieder viele interessante Gesprächspartner\*innen zu gewinnen. Nach der Begrüßung durch den Bernauer Bürgermeister André Stahl (DIE LINKE) führte Dagmar Enkelmann, Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung, durch das Programm und interviewte Ralf Christoffers, Fraktionsvorsitzender der Brandenburger LINKEN, der hier ein Heimspiel hatte, aber auch Diana Golze, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, Marianne Buggenhagen, Deutschlands erfolgreichste Leichtathletin und Buchautorin, Tom Strohschneider, Chefredakteur des „neuen deutschland“, Klaus Feldmann, Nachrichtensprecher der „Aktuellen Kamera“ und Buchautor, Kerstin Kühn, Bundestagskandidatin der Barnimer LINKEN.

Das Spektrum der Themen reichte von Barrierefreiheit im Alltag, über Informationspolitik, G20, Industrie 4.0, Bildung, Rüstung, Armut bis hin zur sozialen Gerechtigkeit oder der Bundestagswahl.

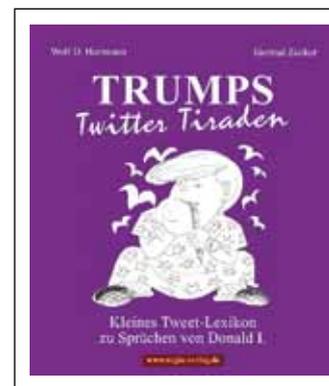
Beim traditionellen Spendenlauf nahmen vor allem Kinder und Jugendliche teil, die von Marianne Buggenhagen mit Medaillen aus ihrer sehr umfangreichen Sammlung prämiert wurden. Der Lauf erbrachte über 600 €, bei denen auch 3 € pro gelaufener Runde und Läufer von jeweils Margitta Mächtigt (MdL), Diana Golze und Ralf Christoffers einfließen, die dem „Eltern helfen Eltern Bernau e.V.“ zu Gute kommen. Der Verein wie auch die Regionalgruppe Bernau der AG Cuba sí, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die sozialistische Tageszeitung „neues deutschland“, die Volkssolidarität und natürlich die Landesarbeitsgemeinschaft Rote Reporter waren mit einem Infostand vertreten. Die Roten Reporter hatten sich die Aufgabe gestellt, eine Zeitung während des Pressefestes für die Besucher\*innen zu gestalten, um ihnen eine Erinnerung mit nach Hause geben zu können.

Es wurden auch Unterschriften für die Aktion: „Büchel ist überall!“

Atomwaffenfrei.jetzt“ gesammelt, geht es doch darum, statt Atomwaffen zu modernisieren, sie zu ächten und das weltweit.

Abschließender Höhepunkt war der Auftritt der Gruppe „manifest Potsdam“, die sich der Interpretation von Klezmer-Musik verschrieben hat, in Verbindung mit dem Zeigen der „Roten Karte“ durch die BesucherInnen des Pressefestes gerichtet an die AfD, die in der Nachbarschaft agierte.

Das war das zweite – jetzt kann man gespannt sein, was das Pressefest 2018 bieten wird. Das sollte Ansporn für die übrigen „Kleinen Zeitungen“ der LINKEN im Land Brandenburg sein, sich im nächsten Jahr ebenfalls zu präsentieren.



Die Zeichnung im Zucker-Kasten (unten) wurde entnommen aus:

**TRUMPS Twitter Tiraden**  
– Kleines Tweet-Lexikon von Wolf D. Hartmann und Illustrationen von Gertrud Zucker,  
64 Seiten, 10 Euro,  
ISBN: 978-3-86929379-0,  
veröffentlicht am 28. 7. 2017

## Zucker-Kasten

### CLIMATE CHANGE IS BULLSHIT

Das Weltklima, das kann mich mal,  
denn mir ist das doch scheißegal!  
Ich ändre das, wie ich es will,  
auch wenn ich da die Menschheit kill.





# Das Friedenshaus Eisenhüttenstadt

Träger ist der Kulturverein Ziltendorf e.V.



von  
**Mechthild  
Tschierschky**,  
Initiatorin des Fried-  
enshauses Eisen-  
hüttenstadt

Seit 1996 ist der Kulturverein Ziltendorf e.V. als Träger des Hauses für die Förderung von Sport, Kunst und Kultur, Umweltschutz sowie seit 2010 für die Förderung internationaler Gesinnung von Steuern befreit.

Mit überparteilichen Friedensforen arbeitet der Verein an der Verwirklichung des **Friedensprojektes**:



Foto: Joachim Fieguth

- 2007 Frieden – keine Utopie
- 2009 Die Oder-Botschafter des Friedens
- 2010 Mut zu Frieden
- 2011 Wasser – Quelle des Friedens
- 2012 „Unsere Erde unter dem Hammer – Stopp der Bodenvernichtung“
- 2013 Wasser, Boden Luft bewahren
- 2014 Gemeinsam für eine Grüne Friedensregion
- 2015 Keiner fällt für irgend wen
- 2016 Auf dich kommt es an, auf uns alle
- 2017 Es wächst hienieden Brot genug für alle Menschenkinder

- Konzeptskizzen wie die zur „**Friedensregion Grünes Oder-Spree**“ haben die Einbindung von Zugezogenen und Einheimischen in die ökologische Umgestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens zum Inhalt.
- Frieden durch den Schutz der Natur und Sparsamkeit beim

Verbrauch der Ressourcen als verbindendes Ideal und als gutes Beispiel zum **Umweltschutz**.

- Das „**Jahr der kleinen Freundlichkeiten**“ (2017) soll helfen, den grünen Friedensgedanken im Alltag wirken zu lassen.
- Dem Miteinander dienen die Eisenhüttenstädter **Stadtmeisterschaften** im Laufen.
- „**Russische Ostern**“ und „**Russische Weihnachten**“ sowie tägliche **Tafel-Sprüche** schaffen den Kontakt über die Straße.
- Die **Friedensfahne** weht über dem Haus.



Foto: Joachim Fieguth

Kontakt:  
Friedenshaus Eisenhüttenstadt,  
Wallstraße 14, 15890 Eisenhüttenstadt,  
Telefon (033 64) 74 02 21

## „Es wächst hienieden Brot genug für alle Menschenkinder ...“

10. Oderland-Friedensforum am 9. September 2017

Diese im „Wintermärchen“ aufgestellte These gilt es im Forum auf Gültigkeit und Lösungsansätze zu hinterfragen. Lehren und Erfahrungen aus den historischen Anlässen:



**500 Jahre** Reformation,  
**100 Jahre** russische Oktoberrevolution,  
**220 Jahre** Heinrich Heine („Wintermärchen“) sowie Erkenntnisse aus der Gegenwart und aus der „**Zeit der kleinen Freundlichkeiten**“.

Seien Sie willkommen zu einer Diskussion u.a. mit:

- Dr. Franz Berger (Kreistagspräsident Beeskow)
- Corinna Birke (Lateinpädagogin Neubrandenburg)
- Konrad Hannemann (chem. Volkskorrespondent Eisenhüttenstadt)
- Dr. Jörg Mernitz (Fraktionsvorsitzender)
- Dagmar Püschel (Bürgermeisterin Eisenhüttenstadt)
- unter der bewährten Leitung von Dr. Ilona Weser (LOS).

Rosemarie Güttler, Künstlerin aus LOS, stellt vor:  
„Fotosynthese-Lebensspender: Die Natur ist für alle Menschen gleich.“

**9. September 2017, ab 10 Uhr, Roten Café, Lindenallee 30, 15890 Eisenhüttenstadt**

Formlose Anmeldungen zur Teilnahme und zu weiteren Wortbeiträgen bitte an:  
Mechthild Tschierschky, Wallstraße 14, 15890 Eisenhüttenstadt, Telefon (033 64) 74 02 21